

Brüssel, den 4. Februar 2020



Ministerium für Inneres und Europa



Europa-Informationen Januar 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

2019 war ein Jahr des Übergangs und der demokratischen Erneuerung. 2020 dagegen wird das Jahr der grundlegenden Entscheidungen über die Gestaltung der Europäischen Union und ihrer Politiken in den nächsten sieben Jahren.

Traditionell schwierig sind die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU, der diesmal für die Jahre 2021 bis 2027 die Geldmittel für die Institutionen festlegt. Die Mitgliedstaaten der EU, die mehr Geld empfangen als sie einzahlen, haben sich unter dem Namen „Freunde der Kohäsion“ organisiert und am letzten Wochenende in Lissabon ihre Position für die Verhandlungen festgezurr. Die Nettozahlerstaaten, Österreich, Dänemark, Deutschland, die Niederlande und Schweden werden unter (dem wohl nicht selbst gewählten) Titel „Frugale Fünf“ zusammengefasst und argumentieren für eine eher restriktive Finanzausstattung. Der Präsident des Europäischen Rats, Charles Michel, hat sich vorgenommen, auf einem Sondergipfel am 20. Februar 2020 die Staats- und Regierungschefs solange verhandeln zu lassen, bis sie eine gemeinsame Position zu dieser Frage gefunden haben. Erst mit einer solchen könnten dann die weiteren Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament stattfinden. Es braucht von allen Seiten viel guten Willen, um das finanzielle Gesamtpaket im Laufe des Jahres 2020 und hier vermutlich unter deutscher Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte endgültig zu schnüren.

Am 29. Januar hat die Kommission unter Präsidentin von der Leyen ihr erstes Arbeitsprogramm vorgelegt. Für eine „Union, die mehr erreichen will“ werden innerhalb sechs übergreifender Ziele insgesamt [43 neue Initiativen](#) für das Jahr 2020 ausgegeben. Gleichzeitig schlägt die Kommission vor, 34 Vorschläge aufzuheben. Auf der Grundlage des Arbeitsprogramms der Kommission verfassen die Kommission, das Europäische Parlament und der Rat im Weiteren eine gemeinsame Erklärung zu den gesetzgeberischen Prioritäten der EU.

Während die EU also intensiv für ihre Zukunft als Gemeinschaft der 27 plant, muss sie sich gleichzeitig noch das gesamte Jahr 2020 mit ihrer Trennung vom Vereinigten Königreich auseinandersetzen. Dem formellen Austritt zu Ende Januar 2020 folgt die Übergangsphase bis Ende des Jahres, in der das neue Miteinander mit dem Vereinigten Königreich geklärt werden muss. Die ersten Positionierungen von Premier [Johnson](#) und EU-Chefunterhändler [Barnier](#) lassen schwierige Gespräche erwarten.

Das Team des Informationsbüros wird Sie auch in Zukunft unter neuer Leitung über diese und andere wichtige Entwicklungen umfassend auf dem Laufenden halten. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen!

Mit herzlichen Grüßen aus Brüssel,

Dr. Lars Friedrichsen

Inhalt

1. Übergreifende Themen	4
2. Inneres	7
Informeller Rat der Innenminister: Datenaustausch soll weiter gestärkt werden	7
Position des Rates zur Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung.....	7
EU-Terroristenliste: Sanktionen werden verlängert.....	7
3. Justiz, Verbraucherschutz	8
Informeller Justizrat diskutiert über zukünftige Justizpolitik.....	8
Der Europarat kritisiert die polnische Justizreform.....	8
Einstweilige Verfügung gegen Polen beantragt	8
EP besorgt über Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn.....	9
EP nimmt Verhandlungen mit dem Rat über Sammelklagen für Verbraucher auf.....	9
Neue Verbraucherschutzvorschriften in Kraft.....	9
4. Finanzen	10
Ein- und Zwei-Cent-Münzen europaweit abschaffen	10
5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Regionalpolitik, Außenhandel.....	11
Kommission legt Verordnungsentwurf zum Just-Transition Fund vor.....	11
Kommission startet Konsultation zum Just Transition Fund.....	11
Europäisches Parlament legt Trilogverhandlungen zur Kohäsionspolitik auf Eis	11
EU-Wettbewerbsaufsicht gibt deutsche „Sanierungsklausel“ frei	13
EP: Freihandelsabkommen mit Vietnam	13
Interimistisches WTO-Berufungsschiedsverfahren	13
6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt	14
Kommissare Wojciechowski und Kyriakides bei der Grünen Woche 2020.....	14
EP unterstützt Europäischen „Green Deal“	14
EP fordert verbindliche Ziele zum Schutz der Biodiversität.....	14
EU-Parlament fordert mehr Tierschutz.....	14
7. Bildung, Wissenschaft, Kultur	15
Erasmus+ ein Erfolgsmodell.....	15
Programmleitfaden 2020 für Erasmus+.....	15
Kommission; Förderung des Proof-of Concept-Grant-Wettbewerbs 2019.....	15
Europäische Kulturhauptstädte 2020 – Galway und Rijeka	15
8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung	16
Europäische Kommission kündigt Datenstrategie an	16
Europäische Kommission fordert Umsetzung schärferer Sicherheitsanforderungen für 5G- Netze.....	16
9. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit	17
Initiative zum blauen Wachstum im Rahmen der EU-Strategie für die Ostseeregion.....	17
10. Laufende Konsultationen.....	18
11. Termine.....	19

Erklärung zum Haftungsausschluss

Das Ministerium für Inneres und Europa ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich.

Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird. Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen.

Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrunde liegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung.

Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.

1.Übergreifende Themen

Brexit: Formeller Austritt des Vereinigten Königreiches besiegelt

Zuletzt waren es dann Formalitäten, die zügig abgearbeitet wurden: Der Präsident des Europäischen Rats Charles Michel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen haben am 24. Januar 2020 in Brüssel das Austrittsabkommen mit dem Vereinigten Königreich unterzeichnet. Später am selben Tag wurde das Dokument von Premierminister Boris Johnson in London unterzeichnet. Das Europäische Parlament hat am 29. Januar 2020 über das Abkommen abgestimmt. In der Folge hat der Rat im schriftlichen Verfahren den Beschluss über das Abkommen im Namen der EU gefasst. Das Austrittsabkommen trat am 31. Januar 2020 um Mitternacht (Brüsseler Zeit) in Kraft. Ab dem 1. Februar begann der Übergangszeitraum, während dessen – vorbehaltlich weiterer Verlängerungen – zum 31. Dezember 2020 das EU-Recht weiterhin auch für das Vereinigte Königreich gilt. Bis zu diesem Zeitpunkt ergeben sich für die Bürgerinnen und Bürger, Verbraucher, Unternehmen, Investoren, Studenten und Forscher in der EU und im Vereinigten Königreich keine Änderungen. Das Vereinigte Königreich wird nicht mehr in den Organen, Agenturen, Einrichtungen und Ämtern der EU vertreten sein, aber das EU-Recht wird bis zum Ende des Übergangszeitraums weiterhin gelten. Das Problem Brexit wurde jetzt inhaltlich verlagert auf die Verhandlungen über die Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Drittstaat Vereinigtes Königreich, über die im Laufe des Jahres 2020 noch vielfach zu berichten sein wird.

[Zeitleiste zum Brexit](#)

Das EP nach dem Brexit

Ab dem 1. Februar 2020 zählt das Europäische Parlament 705 Sitze. Bis zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU waren es 751 Sitze. (Dies ist auch die in den EU-Verträgen vorgesehene Höchstzahl zulässiger Sitze.) 27 der 73 Sitze des Vereinigten Königreichs wurden auf andere Mitgliedstaaten umverteilt, während die restlichen 46 Sitze für mögliche künftige EU-Erweiterungen in Reserve gehalten werden. Die [Neuverteilung](#) der Sitze stellt sicher, dass kein Mitgliedstaat Sitze verliert. Einige Mitgliedstaaten gewinnen jedoch einen bis fünf Sitze dazu, um ihre Unterrepräsentation infolge demografischer Änderungen zu beheben. Die Neuverteilung berücksichtigt die Bevölkerungszahlen der Mitgliedstaaten und folgt dem Grundsatz der "degressiven Proportionalität". Das bedeutet, dass Länder, die bevölkerungsmäßig kleiner sind, weniger Abgeordnete haben sollten als größere Länder. Gleichzeitig vertritt ein Abgeordneter aus einem bevölkerungsreicheren Mitgliedstaat mehr Bürger als ein Abgeordneter aus einem bevölkerungsärmeren Land. Kleinere Länder sind somit vergleichsweise stärker im Parlament vertreten.

[Pressemitteilung](#)

Konferenz zur Zukunft der EU

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat schon vor ihrer Wahl im Sommer 2019 in ihren [politischen Leitlinien](#) versprochen, eine Konferenz zur Zukunft der EU zu organisieren, die den Bürgerinnen und Bürgern Europas die Gelegenheit geben soll, über die weitere Gestaltung der europäischen Einigung mitzubestimmen. Am 22. Januar 2020 hat die Europäische Kommission [ihre Ideen](#) zur Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas dargelegt (siehe [Mitteilung](#)). Die Kommission schlägt zwei parallele Themenbereiche für die Debatten vor. Beim ersten sollte der Schwerpunkt auf den Prioritäten und anzustrebenden Zielen der EU liegen. Dazu gehören die Bewältigung des Klimawandels und der Umweltprobleme, eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, der digitale Wandel Europas, die Förderung unserer europäischen Werte, die Stärkung der Stimme der EU in der Welt sowie die Festigung der demokratischen Grundlagen der Union. Beim zweiten Themenbereich sollte der Schwerpunkt auf Fragen mit besonderer Bedeutung für demokratische Prozesse und institutionelle Fragen liegen. Hier sind insbesondere das Spitzenkandidaten-System und die länderübergreifenden Listen für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu nennen.

Die Konferenz soll offene, transparente und strukturierte Debatten mit Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichen Hintergrunds und aus sämtlichen Gesellschaftsschichten ermöglichen. Andere EU-Institutionen, die nationalen Parlamente, die Sozialpartner, regionale und lokale Behörden sowie die Zivilgesellschaft sind eingeladen, sich daran zu beteiligen. Eine mehrsprachige Online-Plattform wird die Transparenz der Debatte gewährleisten und eine breitere Beteiligung fördern.

Das Europäische Parlament und der Rat arbeiten ebenfalls an ihren Beiträgen für die Konferenz zur Zukunft Europas. In der [Entschließung](#) des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2020 wurde ein offener und transparenter Prozess gefordert, bei dem gegenüber den Bürgern und Interessenträgern ein inklusiver, partizipativer und ausgewogener Ansatz verfolgt wird. Nach einem hochrangigen Treffen von Kommissionspräsidentin von der Leyen, und den Präsidenten des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rats Sassoli und Michel am 30. Januar 2020 haben die drei Institutionen am 31. Januar 2020 eine gemeinsame Erklärung mit weiteren Details zur Konferenz veröffentlicht.

[Pressemitteilung](#)

Arbeitsprogramm der Kommission 2020

Die Kommission hat am 29. Januar 2020 ihr [Arbeitsprogramm](#) für 2020 angenommen. Es enthält die Maßnahmen, die die Kommission 2020 zur Umsetzung der [politischen Leitlinien](#) von Präsidentin von der Leyen ergreifen wird. Die Kommission wird basierend auf den sechs übergreifenden Zielen von Präsidentin von der Leyen mit der Ausarbeitung konkreter Initiativen beginnen, die anschließend gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten und anderen Partnern erörtert und umgesetzt werden:

Ein europäischer Grüner Deal: Nachdem die Kommission im Dezember 2019 und im Januar 2020 erste wichtige Initiativen vorgelegt hat, wird sie nun ein europäisches Klimagesetz vorschlagen, das die CO₂-Neutralität bis 2050 zum verbindlichen Ziel macht. All diese Bemühungen werden in einem europäischen Klimapakt zusammengeführt, der Regionen, lokale Gemeinschaften, Zivilgesellschaft, Schulen, Industrie und Einzelpersonen einbeziehen wird. Zudem wird die EU im Vorfeld der COP 26 in Glasgow auch internationale Verhandlungen führen. Sie wird Initiativen zur Bewältigung des Verlusts an Biodiversität vorlegen und mit der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ Landwirte dabei unterstützen, auf nachhaltigere Weise hochwertige, erschwingliche und sichere Lebensmittel zu erzeugen.

Ein Europa für das digitale Zeitalter: Mit der neuen europäischen Datenstrategie will die EU den enormen Wert nicht personenbezogener Daten, die eine immer umfangreichere und wiederverwendbare Ressource der digitalen Wirtschaft sind, voll ausschöpfen. Dazu gehören auch die optimale Nutzung des Potenzials digitaler Daten und die Entwicklung und Nutzung künstlicher Intelligenz unter Wahrung unserer europäischen Werte und der Grundrechte. Eine neue Industriestrategie für Europa soll den Innovationskapazitäten zugutekommen, während das Gesetz über digitale Dienstleistungen den Binnenmarkt für digitale Dienstleistungen stärken und kleineren Unternehmen zur nötigen Rechtssicherheit und zu gleichen Wettbewerbsbedingungen verhelfen soll.

Eine Wirtschaft im Dienste des Menschen: Nachdem die Kommission im Januar 2020 erste Ideen für ein starkes soziales Europa vorgestellt hat, wird sie nun Maßnahmen ergreifen, um die soziale Marktwirtschaft für den digitalen Wandel und die Klimawende zu rüsten und sicherzustellen, dass die Wirtschaft soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum miteinander vereint. Die Kommission wird – unter Berücksichtigung der nationalen Gepflogenheiten – Vorschläge für gerechte Mindestlöhne für Arbeitnehmer in der EU, für eine europäische Arbeitslosenrückversicherung sowie für Initiativen für eine wirksame und gerechte Besteuerung vorlegen. Darüber hinaus wird sie eine Europäische Kindergarantie vorschlagen, die den Zugang von Kindern zu grundlegenden Dienstleistungen gewährleistet, und die Jugendgarantie ausbauen, um die Bildung junger Menschen zu fördern und die erforderlichen Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Ein stärkeres Europa in der Welt: Die Kommission wird neue Strategien für die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Afrika und den westlichen Balkanstaaten entwickeln. Sie wird weiterhin auf die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien hinarbeiten.

Förderung unserer europäischen Lebensweise: Die Kommission will einen neuen Migrations- und Asylpakt vorlegen – das Kernstück der Reform der Asylpolitik. Sie wird sich für den Gesundheitsschutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger einsetzen und beim Kampf gegen Krebs die Federführung übernehmen. Neue Initiativen werden dazu beitragen, Kompetenzen zu fördern und die Menschen für die Herausforderungen, die der digitale und der ökologische Wandel mit sich bringen, zu rüsten. Ferner wird die Kommission eine neue EU-Strategie für die Sicherheitsunion vorlegen, in der sie aufzeigt, in welchen Bereichen die Union einen Mehrwert bieten und die Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Sicherheit unterstützen kann – von der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität über die Verhütung und Aufdeckung hybrider Bedrohungen bis hin zur Verbesserung der Cybersicherheit und Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer kritischen Infrastrukturen.

Fokus auf das Wesentliche

Bei der Ausarbeitung des Arbeitsprogramms hat die Kommission alle Vorschläge, die derzeit auf eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates warten, geprüft und schlägt vor, 34 Vorschläge zurückzuziehen und aufzuheben. Einige von ihnen entsprechen nicht den politischen Prioritäten der neuen Kommission; bei den meisten Initiativen jedoch ist die Kommission nach wie vor fest entschlossen, die betreffenden Ziele zu erreichen. Die Kommission wird eruieren, wie sich die Ziele besser und effizienter verwirklichen lassen, und das Europäische Parlament und den Rat vor der formellen Rücknahme von Vorschlägen konsultieren.

[Pressemitteilung](#)

[Link zum vollständigen Arbeitsprogramm](#)

2.Inneres

Informeller Rat der Innenminister: Datenaustausch soll weiter gestärkt werden

Der informelle Rat der Justiz- und Innenminister tagte am 23. und 24. Januar 2020 in Zagreb. Die Innenministerinnen und Minister diskutierten über die Implementierung der Verordnungen zur Interoperabilität von EU-Informationssystemen, die im Juni 2019 in Kraft getreten sind. Sie verfolgen insbesondere das Ziel, die korrekte Identifizierung von Personen und die Aufdeckung von Identitätsmissbrauch bei gleichzeitiger Wahrung datenschutzrechtlicher Erfordernisse zu erleichtern. Dazu forderte die Kommission die Mitgliedstaaten auf, die dazu notwendigen technischen Voraussetzungen zu schaffen. Bei der Kooperation im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und den Prioritäten der Strategischen Agenda 2019-2024 im Bereich Justiz und Inneres sprachen sich die Minister für einen horizontalen Ansatz aus, bei dem die Rechtsstaatlichkeit, das gegenseitige Vertrauen und die Nutzung moderner Technologien im Fokus stehen sollen. Ein weiterer Austausch fand zum Thema Schleusernetzwerke und der Umsetzung der Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache statt.

[Pressemitteilung](#)

Position des Rates zur Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung

Der Rat nahm am 21. Januar 2020 seinen Standpunkt zur Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) an. Gemäß Artikel 97 der DSGVO legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Bewertung und Überprüfung der DSGVO vor. Der erste Bericht soll bis zum 25. Mai 2020 erstellt werden. Zu diesem Zweck berücksichtigt die Kommission die Standpunkte und Feststellungen des Europäischen Parlaments und des Rates sowie anderer einschlägiger Stellen. Zudem kann die Kommission Informationen von den Mitgliedstaaten und den Aufsichtsbehörden anfordern. Aus Sicht des Rates ist die DSGVO ein Erfolg. Sie sei ein wichtiger Meilenstein und ein Instrument, das das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten stärkt und vertrauensfördernde Innovationen in der

[Pressemitteilung](#)

EU-Terroristenliste: Sanktionen werden verlängert

Am 13. Januar 2020 hat der Rat die Gültigkeitsdauer der EU-Terroristenliste verlängert. In der Liste werden Personen, Vereinigungen und Körperschaften geführt, die restriktiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus unterliegen. Für die in der Liste aufgeführten Personen, Vereinigungen und Körperschaften gilt, dass ihre Gelder und anderen Vermögenswerte in der EU eingefroren werden. Ferner dürfen Wirtschaftsteilnehmer aus der EU ihnen keine Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen. Der Rat erstellte die Liste ursprünglich zur Umsetzung der Resolution 1373 (2001) des VN-Sicherheitsrates, die infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 angenommen wurde. Die Liste wird regelmäßig überprüft, mindestens jedoch einmal pro Halbjahr.

[Pressemitteilung](#)

3. Justiz, Verbraucherschutz

Informeller Justizrat diskutiert über zukünftige Justizpolitik

Am 23. und 24. Januar 2020 fand der informelle Justiz- und Innenrat in Zagreb statt. Die Justizministerinnen und Minister befassten sich mit den Themen Zukunft des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, die Rolle des EJM (European Judicial Network) für Zivil- und Handelssachen bei der Erleichterung der justiziellen Zusammenarbeit und der weiteren Stärkung der juristischen Fortbildung. Die kroatische Ratspräsidentschaft teilte mit, dass Leitlinien zur Zukunft des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts auf dem Europäischen Rat im März 2020 beschlossen werden sollen. Ein wichtiger Punkt wird dabei die Rechtsstaatlichkeit in der EU sein. Aus Sicht der Ministerinnen und Minister werde das EJM und auch das e-justice Portal bei Richterinnen und Richtern, Rechtspraktikerinnen und Rechtspraktikern gut angenommen. Die Diskussion zum letzten Thema zeigte, dass alle Mitgliedstaaten, welche über Fortbildungsstrukturen und -einrichtungen für die Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte verfügen, einen Bedarf nach besserer Vernetzung auf EU-Ebene sehen.

[Pressemitteilung](#)

Der Europarat kritisiert die polnische Justizreform

Die Venedig-Kommission des Europarates hat am 16. Januar 2020 gemeinsam mit der Generaldirektion des Europarates für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ein Dringlichkeitsgutachten veröffentlicht. In diesem werden die Justiz betreffenden Gesetze, die das Unterhaus des polnischen Parlaments (Sejm) am 20. Dezember 2019 verabschiedet hat, bewertet. Die Änderungen vom Dezember 2019 beschneiden die Freiheit der Meinungsäußerung und die Vereinigungsfreiheit der Richterinnen und Richter und verhindern, dass polnische Gerichte untersuchen können, ob andere Gerichte des Landes gemäß den europäischen Regeln „unabhängig oder unparteiisch“ sind. Die Richterinnen und Richter kommen in die unhaltbare Lage, dass sie aufgrund einer Entscheidung, zu der sie möglicherweise die Europäische Menschenrechtskonvention, das Recht der Europäischen Union oder ein anderes internationales Instrument verpflichtet, mit einem Disziplinarverfahren rechnen müssen. Das nach dem Dringlichkeitsverfahren erstellte Gutachten wird der Venedig-Kommission bei ihrer Plenarsitzung am 20. und 21. März in Venedig zur Verabschiedung vorgelegt.

[Pressemitteilung](#)

Einstweilige Verfügung gegen Polen beantragt

Die Kommission hat am 14. Januar 2020 eine einstweilige Verfügung beim Europäischen Gerichtshof gegen Polen beantragt. Darin verlangt sie die Aussetzung der Tätigkeit der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs in Polen. Das Ersuchen erfolgte im Rahmen des laufenden Vertragsverletzungsverfahrens gegen Polen wegen der neuen Disziplinarregelungen für polnische Richter. Die Kommission begründet ihre Entscheidung damit, dass in einer Vorabentscheidung des Gerichtshofs über die Unabhängigkeit der neuen Disziplinarkammer vom 19. November 2019 und dem anschließenden Urteil vom 5. Dezember 2019 der Oberste Polnische Gerichtshof feststellte, dass die Disziplinarkammer nicht die Anforderungen des EU-Rechts an die richterliche Unabhängigkeit erfüllt und daher kein unabhängiges Gericht im Sinne des EU-Rechts und des nationalen Rechts darstellt. Trotz dieser Entscheidung bleibt die Disziplinarkammer weiterhin tätig, wodurch die Gefahr eines irreparablen Schadens für die polnischen Richter besteht und die abschreckende Wirkung auf die polnische Justiz verstärkt wird.

[Pressemitteilung](#)

EP besorgt über Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn

In einer mit 446 Stimmen bei 178 Gegenstimmen und 41 Enthaltungen angenommenen Entschließung stellte das Europäische Parlament fest, dass Berichte und Erklärungen der Kommission, der UNO, der OSZE und des Europarates darauf hinweisen, dass sich die Lage sowohl in Polen als auch in Ungarn seit der Einleitung des Verfahrens gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV verschlechtert hat. Die Abgeordneten fordern sowohl den Rat als auch die Kommission auf, stärker gegen Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit vorzugehen. Dazu müssten alle Instrumente, insbesondere Vertragsverletzungsverfahren und Anträge auf einstweilige Maßnahmen beim Europäischen Gerichtshof, genutzt werden.

[Pressemitteilung](#)

EP nimmt Verhandlungen mit dem Rat über Sammelklagen für Verbraucher auf

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlamentes hat am 9. Januar 2020 seinen in der vorigen Legislaturperiode festgelegten Standpunkt zum Vorschlag für eine Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz von Kollektivinteressen der Verbraucher bestätigt. Zweck dieser Richtlinie ist es, Verbrauchern zu ermöglichen, in Fällen wie dem Dieselskandal ihre Rechte nicht nur individuell, sondern auch kollektiv geltend machen zu können. Im weiteren Verfahren könne jetzt die Verhandlungen mit dem Rat aufgenommen werden.

[Pressemitteilung](#)

Neue Verbraucherschutzvorschriften in Kraft

Am 7. Januar 2020 sind Änderungen der Richtlinien des europäischen Verbraucherschutzes in Kraft getreten (siehe [Europa-Informationen November 2019](#)). Insgesamt werden vier Richtlinien geändert: über unlautere Geschäftspraktiken, Verbraucherrechte, missbräuchliche Vertragsklauseln und Preisangaben. Das Ziel der Vorschläge war, für eine bessere Durchsetzung zu sorgen und die EU-Verbraucherschutzvorschriften, insbesondere im Hinblick auf die digitale Entwicklung, zu modernisieren. Dazu werden die nationalen Verbraucherschutzbehörden befugt sein, Sanktionen zu verhängen, teilweise bis zu einer Höhe von 4 Prozent des Jahresumsatzes des betreffenden Unternehmens. Produkte dürfen nicht mehr unter einer Bezeichnung verkauft werden, wenn sie in zwei Mitgliedstaaten unterschiedliche Zusammensetzungen oder Merkmale aufweisen. Im Internet muss beim Kauf einer Ware klar erkennbar sein, ob Waren oder Dienstleistungen von einem Unternehmer oder einer Privatperson angeboten werden. Bei Suchergebnissen muss angezeigt werden, wenn diese von einem Händler bezahlt wurden. Außerdem müssen Verbraucher über die wichtigsten Parameter für die Rangfolge der Ergebnisse informiert werden. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen, d.h. bis zum 28. Mai 2022.

[Pressemitteilung](#)

4. Finanzen

Ein- und Zwei-Cent-Münzen europaweit abschaffen

Die Kommission erwägt einen Vorstoß zur Abschaffung des kupfernen Kleingelds, wie aus einem Arbeitspapier hervorgeht. Hintergrund seien die Nachteile und Herausforderungen, die mit ihrer Nutzung einhergehen. Würden die Kleinmünzen wirklich aussortiert, müsste bei Barzahlung auf- oder abgerundet werden.

Belgien hatte solche Rundungsregeln bereits im Dezember 2019 eingeführt. Im Einzelhandel gelten nun Fünf-Cent-Schritte. Kommt die Rechnung zum Beispiel auf 2,93 Euro und man gibt 2,95 Euro, bekommt man kein Rückgeld. Bei einem Betrag von 2,92 Euro reicht es, 2,90 Euro auf den Tresen zu legen. Belgische Einzelhändler reagierten positiv. Aus dem Europaparlament kommt jedoch Kritik an den Ideen der Kommission.

Es dürfe hier keinesfalls der Einstieg in den Bargeldausstieg vorbereitet werden, und keine Erhöhung der Verbraucherpreise geben. Andererseits seien die Münzen eine Ressourcenverschwendung an wertvollen Metallen. Jährlich präge allein die Bundesbank rund eine Milliarde Stück.

[Presseartikel](#)

5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Regionalpolitik, Außenhandel

Kommission legt Verordnungsentwurf zum Just-Transition Fund vor

Die Kommission hat am 14. Januar 2020 Vorschläge zur Finanzierung des ökologischen Wandels vorgelegt und damit auch den Verordnungsentwurf für den Just-Transition Fund (JTF) vorgelegt: Danach soll für den JTF ein Mittelvolumen von 7,5 Mrd. € (in Preisen von 2018) bereitgestellt werden, diese Gelder sollen von Empfängerregionen mit Mitteln aus EFRE und ESF+ sowie durch nationale Mitteln ergänzt werden, die dann gänzlich in den JTF transferiert und unter JTF-VO eingesetzt werden sollen. Regionen sollen originäre JTF-Gelder mit dem 1,5 – 3-fachen an Strukturfondsmitteln untersetzen, so dass mit nationalen Kofinanzierungen im Endeffekt ein Mittelvolumen von 30-50 Mrd. € mobilisiert werden soll.

Nach dem Entwurf sollen Regionen vom JTF profitieren können, die die höchsten industriellen CO2 Emission aufweisen und gleichzeitig die höchsten Hürden für den Wandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft haben. Dies sind z.B. Kohleregionen und Regionen, in welchen Schelfgasvorkommen mithilfe von Fracking ausgebeutet werden. Unterstützt werden sollen sowohl der industrielle Strukturwandel, als auch die hiermit im Zusammenhang stehenden sozialen Herausforderungen (Abbau von Arbeitsplätzen, Umschulung von Arbeitnehmern).

Ergänzt wird der JTF durch eine Kreditfazilität im Rahmen von InvestEU, welche Projektkredite für den Übergang zur kohlenstoffarmen Wirtschaft gewährt.

Mit diesem Vorschlag kommt die Kommission besonders den mittel- und osteuropäischen Staaten entgegen, die Probleme beim Übergang zur kohlenstoffarmen Wirtschaft haben. Damit könnte KOM sich deren Zustimmung im Rat für den European Green Deal sichern, der am 11. Dezember 2019 vorgelegt wurde.

In Deutschland dürften die Kohleregionen von der Förderung profitieren, in Ostdeutschland insbesondere Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Mecklenburg-Vorpommern dürfte nicht vom JTF profitieren und geht durch seinen schon hohen Anteil grüner Energie leer aus. Im Hinblick auf die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ist nicht abzusehen, ob die veranschlagten 7,5 Mrd. € für den JTF, tatsächlich zusätzliche Mittel beinhalten oder zu Lasten anderer Budgetlinien gehen. Sollten sich die Verfechter eines sehr begrenzten MFR durchsetzen (DEU, NLD, AUT, SWE, FIN), dürften erneute deutliche Kürzungen auch im Budget für Regionalpolitik unausweichlich sein.

[Pressemitteilung](#)

[Verordnungsentwurf JTF](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet Konsultation zum Just Transition Fund

Zum Just Transition Fund hat die Kommission am 14. Januar 2020 eine öffentliche Konsultation veröffentlicht. Vom 15. Januar bis 12. März 2020 würde die Kommission gerne die Ansichten aller damit verbundenen Stakeholder hören würde. Alle eingegangenen Rückmeldungen werden von der Europäischen Kommission zusammengefasst und dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegt, um sie in die Gesetzgebungsdebatte einfließen zu lassen.

[Konsultation](#)

Europäisches Parlament legt Trilogverhandlungen zur Kohäsionspolitik auf Eis

Am 21. Januar 2020 haben die Koordinatoren des REGI-Ausschusses im Europäischen Parlament beschlossen, sämtliche Triloge zum Kohäsionspaket bis Ende Februar auf Eis zu legen. Eine ähnliche Entscheidung ist auch seitens des EMPL-Ausschusses für die Verhandlungen zum ESF+ zu erwarten. Die von der kroatischen Ratspräsidentschaft für Februar geplanten und teils schon terminierten Triloge zu Interreg und zur Dach-VO (CPR) sind damit hinfällig.

Die Europaparlamentarier wollen damit Druck auf den Rat ausüben, endlich Fortschritte bei den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen zu erzielen und die Verhandlungen nicht noch länger hinauszuzögern.

[Pressemitteilung](#)

Kommission und Europäische Investitionsbank fördern Innovationen in der Raumfahrt

Die Kommission hat am 21. Januar 2020 zusammen mit der Europäischen Investitionsbank Investitionen in Höhe von 200 Mio. € in den EU-Raumfahrtsektor angekündigt. Damit sollen bahnbrechende Innovationen in der Branche unterstützt werden. Während der 12. Europäischen Weltraumkonferenz in Brüssel unterzeichnen die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Ariane-Gruppe eine Vereinbarung zur Bestätigung eines Darlehens von 100 Mio. € für das neue Ariane-6-Trägerraketenprogramm. Darüber hinaus kündigen die Kommission und der Europäische Investitionsfonds (EIF) den ersten mit 100 Mio. EUR ausgestattetes Risikokapitalprogramm im Rahmen von InnovFin zur Förderung von Innovation und Wachstum kleinerer und mittlerer Weltraumtechnologieunternehmen in Europa an.

[Pressemitteilung](#)

Kommission konsultiert zu Aktionsplan für Säule sozialer Rechte

Die Kommission startete am 14. Januar 2020. eine breit angelegte Diskussion zu einer Mitteilung über geplante Initiativen zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. Für 2020 sind insbesondere folgende Maßnahmen vorgesehen: Gerechte Mindestlöhne für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU, Europäische Gleichstellungsstrategie und Einführung verbindlicher Maßnahmen für mehr Lohntransparenz, Aktualisierte europäische Agenda für Kompetenzen, Aktualisierte Jugendgarantie, Gipfel für Plattformarbeit, Grünbuch zum Thema Altern, Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen, Demografiebericht und Europäische Arbeitslosenrückversicherung. Auf der Grundlage der bis Ende November 2020 eingereichten Beiträge wird die Kommission Anfang 2021 einen Aktionsplan unterbreiten.

[Pressemitteilung](#)

[Mitteilung Strong Social Europe](#) (in englischer Sprache)

Konsultation der Sozialpartner zu gerechten Mindestlöhnen

Am 14. Januar 2020 leitete die Kommission die erste Phase der Konsultation der Sozialpartner – d. h. der Arbeitgeber und der Gewerkschaften – zur Frage gerechter Mindestlöhne für die Arbeitnehmer in der EU ein. Die erste Phase erstreckt sich über einen Zeitraum von sechs Wochen. Wenn die Rückmeldungen darauf hindeuten, dass ein Handeln auf EU-Ebene erforderlich ist, könnte eine zweite Phase der Konsultation der EU-Sozialpartner durchgeführt werden, in der es um die möglichen Inhalte einer EU-Initiative für gerechte Mindestlöhne ginge. Die Sozialpartner können die Initiative der Kommission aussetzen, wenn sie beschließen, selbst für einen Zeitraum von bis zu neun Monaten Verhandlungen aufzunehmen. Anderenfalls kann die Kommission einen Legislativvorschlag ausarbeiten, wenn sie ein Tätigwerden der Union für angebracht hält.

[Pressemitteilung: Schaffung soziales Europa](#)

[Pressemitteilung: Konsultation Mindestlohn](#)

Europäische Kommission: Zum Corona-Virus mit den Mitgliedstaaten in enger Abstimmung und Katastrophenschutzverfahren aktiviert

Die Europäische Kommission beobachtet in enger Abstimmung mit den EU-Staaten die Ausbreitung des Corona-Virus. Sie steht dabei sowohl mit der Weltgesundheitsorganisation als auch dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten in Stockholm in Kontakt. Am 27. Januar 2020 haben sich die EU-Staaten im Ausschuss für Gesundheitssicherheit über den Stand ihrer Vorbereitungen und koordinierte Reaktionen ausgetauscht. Auf Ersuchen Frankreichs ist seit dem 28. Februar 2020 das EU-Katastrophenschutzverfahren aktiviert, um EU-Bürger aus der vom Corona-Virus besonders betroffenen Region Wuhan auszufliegen. Derzeit warten etwa 600 EU-Bürger auf einen Rücktransport, darunter auch Deutsche. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 29. Februar 2020 mit dem chinesischen Ministerpräsidenten gesprochen, um EU-Unterstützung und enge Kooperation beim Kampf gegen eine weitere Ausbreitung des Virus anzubieten.

[Pressemitteilung](#)

Zahl der Übernachtungen in der EU im Jahr 2019 um 2,4% gestiegen

Die Zahl der Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in der EU hat im Jahr 2019 schätzungsweise über 3,2 Milliarden Übernachtungen erreicht, was einem Anstieg um 2,4% gegenüber 2018 entspricht. Seit 2009 ist die Zahl der Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in der EU stetig gestiegen, was hauptsächlich auf Übernachtungen von Nichtinländern des besuchten Landes zurückzuführen ist.

Im Jahr 2019 stand Spanien (469 Mio. Übernachtungen bzw. +0,5% gegenüber 2018) im Hinblick auf die Anzahl der Übernachtungen weiterhin an der Spitze der Mitgliedstaaten, darauf folgten Frankreich (446 Mio. bzw. +0,8%), Deutschland (436 Mio. bzw. +4,0%), Italien (433 Mio. bzw. +0,9%) und das Vereinigte Königreich (375 Mio. bzw. +5,7%).

[Pressemitteilung](#)

EU-Wettbewerbsaufsicht gibt deutsche „Sanierungsklausel“ frei

Die Kommission ist am 22. Januar 2020 zu dem Schluss gekommen, dass die „Sanierungsklausel“, eine deutsche Steuervergünstigung für notleidende Unternehmen, keine staatliche Beihilfe im Sinne der EU-Vorschriften darstellt. Die Sanierungsklausel ermöglicht es einem notleidenden Unternehmen, Verluste in einem bestimmten Jahr mit Gewinnen in zukünftigen Jahren zu verrechnen, trotz Veränderungen in der Aktionärsstruktur. Die Entscheidung folgt auf Urteile des Europäischen Gerichtshofs (Fälle [C-203/16 P](#), [C-208/16 P](#), [C-209/16 P](#), [C-219/16 P](#)), der 2018 eine Entscheidung der Kommission über staatliche Beihilfen aus dem Jahr [2011](#) für nichtig erklärte. Um diese Urteile umzusetzen, hat die Kommission die Maßnahme anhand eines breiteren Bezugsrahmens bewertet, einschließlich der Vorschriften des deutschen Rechts, die es Unternehmen generell erlauben, Verluste für steuerliche Zwecke vorzutragen. Die EU-Wettbewerbsaufsicht kam zu dem Schluss, dass die Sanierungsklausel nicht von diesen allgemeinen Regeln abweicht und daher notleidenden Unternehmen keinen selektiven Vorteil gegenüber anderen Unternehmen verschafft.

[Pressemitteilung](#)

EP: Freihandelsabkommen mit Vietnam

Das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Vietnam hat die erste Hürde im Europäischen Parlament genommen. Es gilt als das umfassendste und ambitionierteste Abkommen dieser Art, das jemals zwischen der EU und einem Entwicklungsland geschlossen wurde. Der Parlamentsausschuss für internationalen Handel stimmte dem Vertragswerk am 21. Januar 2020 zu. Es muss nun noch vom gesamten Parlament gebilligt werden, die Vorlage soll in der Straßburger Februarsitzung erfolgen, damit es im Frühjahr in Kraft treten kann. Mit dem Abkommen würden den Angaben zufolge die Zölle auf 65 % aller EU-Ausfuhren nach Vietnam umgehend entfallen. Der Rest würde mit wenigen Ausnahmen nach zehn Jahren liberalisiert. Umgekehrt fallen nach dem Inkrafttreten die EU-Importzölle auf 71 % aller vietnamesischen Waren weg, nach sieben Jahren wären es 99 %.

[Pressemitteilung](#)

Interimistisches WTO-Berufungsschiedsverfahren

Die EU und weitere 16 WTO-Mitglieder haben sich am 27. Januar 2020 darauf geeinigt, ein interimistisches Mehrparteien-Berufungsverfahren zu entwickeln, das den Teilnehmern weiterhin ein funktionierendes und zweistufiges Streitbeilegungsverfahren bei der WTO ermöglicht. Das WTO-Berufungsgremium ist aufgrund der Blockade von Richter-Neuernennungen seit Ende 2019 gelähmt. Die neue Regelung gilt, bis das reguläre WTO-Berufungsgremium seine Arbeit wieder aufnehmen kann. Eine strukturelle Reform der WTO hat für die EU oberste Priorität.

[Pressemitteilung](#)

6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt

Kommissare Wojciechowski und Kyriakides bei der Grünen Woche 2020

Bei der Internationalen Grünen Woche in Berlin haben die EU-Kommissare Janusz Wojciechowski, zuständig für Landwirtschaft, und Stella Kyriakides, zuständig für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, über die Herausforderungen und Chancen des europäischen Grünen Deals für die Landwirtschaft gesprochen.

Am 17. Januar 2020 empfing Kyriakides im Rahmen der Grünen Woche auf einer internationalen Konferenz zur Afrikanischen Schweinepest zudem mehr als 25 Minister.

Wojciechowski bekräftigte mit Blick auf die laufenden Diskussionen zur Reform der gemeinsamen europäischen Landwirtschaftspolitik, dass mehr Flexibilität und ein stärkerer Fokus auf nationale Strategien unterschiedlichen Gegebenheiten in den EU-Staaten gerecht werden sollte. Er hoffe auf einen Abschluss der Verhandlungen bis Ende dieses Jahres. Der neue Agrarkommissar betonte auch, dass er die Sorgen der Landwirte angesichts großer Herausforderungen verstehe. Sie müssten eingebunden werden.

Kommissarin Stella Kyriakides kündigte an, dass die Kommission mit der „Farm to Fork“-Strategie den globalen Übergang zu einem nachhaltigen Ernährungssystem unterstützen und eine Vorreiterrolle übernehmen wolle.

[Pressemitteilung](#)

EP unterstützt Europäischen „Green Deal“

Am 15. Januar 2020 haben die EU-Abgeordneten ihre Position zum Europäischen Green Deal angenommen. Das Parlament stellt sich mit dem Beschluss hinter den Green Deal der Kommission mit deren Agenda für den Klima- und Umweltschutz. Die Abgeordneten begrüßen den grünen Strukturwandel und unterstützen die Pläne für eine nachhaltige Investitionsoffensive und fordern einen angemessenen Finanzierungsmechanismus für einen gerechten Übergang.

[Pressemitteilung](#)

EP fordert verbindliche Ziele zum Schutz der Biodiversität

Das Europäische Parlament hat am 16. Januar 2020 seine Position im Hinblick auf die bevorstehende Vertragsstaatenkonferenz (COP 15) zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt angenommen. Eine Delegation des Parlaments wird vom 19. Oktober 2020 bis zum 1. November 2020 an der COP 15 in Kunming, China, teilnehmen. Die Konferenz wird voraussichtlich einen globalen Biodiversitätsrahmen für die Zeit nach 2020 verabschieden. Um den voranschreitenden Verlust der Artenvielfalt zu bremsen, muss die Konferenz die Ausarbeitung rechtsverbindlicher Ziele, einen detaillierten zeitlichen Ablauf, eindeutige Leistungsindikatoren und die Mechanismen für die Berichterstattung auf der Grundlage gemeinsamer Vorgaben „tatkräftig voranbringen“, heißt es in der Entschließung. Das Parlament möchte, dass die geplante Strategie der EU Vorbildcharakter bekommt.

[Pressemitteilung](#)

EU-Parlament fordert mehr Tierschutz

Am 21. Januar 2020 verabschiedete der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des EU-Parlamentes eine Entschließung, in der Maßnahmen gegen den illegalen Handel mit Haustieren zum Schutz des Tierschutzes, der Verbraucher und der öffentlichen Gesundheit gefordert wurden. Der Text fordert einen EU-Aktionsplan, in dem die Zuständigkeiten für die Bekämpfung des illegalen Handels mit Haustieren klar festgelegt sind, einen Vorschlag der Kommission zur Einrichtung eines verbindlichen EU-weiten Systems zur Identifizierung und Registrierung von Katzen und Hunden, eine EU-Definition von kommerziellen Großzuchtanlagen, die als Welpenmühlen bekannt sind, verbesserte Strafverfolgung und strengere Sanktionen für die Beteiligten (Tierärzte, nationale öffentliche Dienste, Wirtschaftsbeteiligte), bessere Zusammenarbeit, Kommunikation und Ausbildung der Zoll- und Veterinärbehörden.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

7. Bildung, Wissenschaft, Kultur

Erasmus+ ein Erfolgsmodell

Über 110.000 junge Menschen aus Deutschland profitierten 2018 von Erasmus+. 2018 nutzten 110.120 Teilnehmer aus Deutschland die Mobilitätsangebote des europäischen Bildungsprogramms Erasmus+. Über 2000 deutsche Erasmus+-Projekte erhielten einen Gesamtzuschuss von knapp 200 Mio. €. Dies geht aus dem am 28. Januar 2020 veröffentlichten Jahresbericht 2018 zu Erasmus+ hervor. In Deutschland entsendeten die TU München, die LMU München und die Humboldt-Universität in Berlin die meisten Erasmus-Studenten ins EU-Ausland. Insgesamt gingen 42.398 junge Menschen 2017/18 über Erasmus+ aus Deutschland ins Ausland, gleichzeitig zogen die deutschen Bildungseinrichtungen im gleichen Zeitraum 34.539 Erasmus-Stipendiaten an. Spanien, Frankreich und das Vereinigte Königreich waren die beliebtesten Zielländer.

[Pressemitteilung](#)

Programmleitfaden 2020 für Erasmus+

Der Programmleitfaden 2020 für das EU Programm Erasmus+ umfasst die Bereiche Bildung, berufliche Bildung, Jugend und Sport. Das Förderprogramm ist ein Mittel zur Umsetzung der europäischen politischen Agenda für Wachstum, Arbeitsplätze, Gerechtigkeit und soziale Integration. Der Leitfaden zum Programm Erasmus+ wurde auf der Grundlage des von der Kommission angenommenen jährlichen Arbeitsprogramms entwickelt. Detaillierte Informationen über alle Angebote, die durch Erasmus+ im Jahr 2020 unterstützt werden können, sind im Programmleitfaden 2020 online abrufbar.

[Programmleitfaden 2020](#)

Kommission; Förderung des Proof-of Concept-Grant-Wettbewerbs 2019

Am 10. Januar 2020 hat die Kommission im Jahresrückblick bekannt gegeben, dass 15 Forscherinnen und Forscher aus DEU 2019 vom Europäischen Forschungsrat (ERC) für die Auslotung der Markteinführungschancen ihrer Projekte jeweils 150.000 € erhalten haben. Mit der aktuellen Auswahl von 76 Forschern (sechs davon aus DEU) sei die dritte und letzte Runde des ERC Proof of Concept-Grant-Wettbewerbs 2019 abgeschlossen. ERC-Grantees können sich in den jährlichen Ausschreibungen um Fördermittel bewerben: Die kommenden Fristen sind der 24. April 2020 und der 17. September 2020. Das Gesamtbudget des Wettbewerbs 2019 betrug 30 Mio. €. Proof-of-Concept-Grants (PoC) in Höhe von jeweils 150.000 € sollen Forscherinnen und Forschern, die derzeit oder in jüngster Vergangenheit ERC-geförderte Forschung betreiben, unterstützen, das kommerzielle oder gesellschaftliche Potenzial ihrer Arbeit zu erkunden.

[European Research Council](#) (in englischer Sprache)

Europäische Kulturhauptstädte 2020 – Galway und Rijeka

Für das Jahr 2020 wurden die beiden Küstenstädte – Galway am Atlantik und Rijeka an der Adria gelegen – zu den Kulturhauptstädten Europas erwählt. Neben der irischen Stadt bekam erstmals ein Vertreter Kroatiens den begehrten Titel zugesprochen.

[Galway 2020](#) (in englischer Sprache)

[Rijeka 2020](#) (in englischer Sprache)

8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung

Europäische Kommission kündigt Datenstrategie an

Die Kommission hat am 20. Januar 2020 eine Datenstrategie angekündigt. Europa verfüge über eine enorme Menge nicht-personenbezogener Daten und könne bei der Nutzung und Verarbeitung von Daten an der Weltspitze mithalten. Alle 18 Monate verdopple sich das Volumen der weltweit produzierten Daten, das meiste davon werde nicht mehr von Menschen generiert, sondern von Maschinen und Gegenständen. Damit soll ein großes Wachstumspotenzial generiert werden, und könne dabei helfen Europa zu einem „globalen Datenhub“ zu machen, was der gesamten europäischen Wirtschaft zugutekomme. Diese Daten seien die Basis der europäischen Künstlichen Intelligenz (KI).

[Pressemitteilung](#)

Europäische Kommission fordert Umsetzung schärferer Sicherheitsanforderungen für 5G-Netze

Die Kommission hat am 29. Januar 2020 das gemeinsame [Instrumentarium](#) für mehr Sicherheit im 5G-Mobilfunknetz gebilligt, auf das sich die EU-Mitgliedstaaten geeinigt hatten. In ihrer Mitteilung fordert die EU-Kommission die Staaten auf, die wichtigsten Maßnahmen bis zum 30. April 2020 auf den Weg zu bringen.

Mit dem Instrumentarium setzen die EU-Mitgliedstaaten die Forderung des Europäischen Rates nach einem abgestimmten Konzept für die Sicherheit von 5G und die anschließende [Empfehlung der Kommission](#) (in englischer Sprache) vom März 2019 um. Die Mitgliedstaaten haben inzwischen die Risiken und Schwachstellen auf der nationalen Ebene ermittelt und eine gemeinsame EU-weite Risikobewertung veröffentlicht. Durch das Instrumentarium verpflichten sich die Mitgliedstaaten, gemeinsam zu handeln, auf der Grundlage einer objektiven Bewertung der festgestellten Risiken und angemessener Risikominderungsmaßnahmen.

[Pressemitteilung](#)

EP fordert einheitliche Ladegeräte

Die EU-Abgeordneten fordern die Einführung eines einheitlichen Ladegeräts für Mobilgeräte, um Verbrauchern das Leben zu erleichtern und Elektronikmüll zu reduzieren. In einer Plenardebatte am 13. Januar 2020 riefen sie die Kommission dazu auf, bis zum Juli 2020 diesbezüglich einen konkreten Vorschlag vorzulegen. Angestoßen hatte diese Initiative der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, der die Einführung eines einheitlichen Ladegeräts für Smartphones, Tablets, E-Book-Reader, Smart-Kameras und andere tragbare Geräte fordert. Die Einführung eines einheitlichen Ladegeräts soll den Elektronikschrott reduzieren, Kosten verringern und die Sicherheit und Interoperabilität der Ladegeräte verbessern.

Die EU-Gesetzgeber hatten 2014 die Entwicklung einheitlicher Ladegeräte gefordert. Bisher verfolgte die Kommission einen freiwilligen Ansatz, um die Mobilfunkhersteller zur Entwicklung gemeinsamer Ladegeräte zu ermutigen. Dieser freiwillige Ansatz sei "der beste Weg, unsere politischen Ziele zu erreichen, ohne die Innovation zu behindern", sagte EU-Kommissar Maroš Šefčovič in der Debatte. Eine Studie aus 2014 zeigt, dass die Zahl der verschiedenen Smartphone-Ladegeräte von 30 im Jahr 2009 auf drei gesunken ist. Beim Kauf neuer Geräte werden jedoch neue Ladegeräte automatisch mitgeliefert. Laut Angaben der Europäischen Kommission ist Elektronikschrott einer der am schnellsten wachsenden Abfallströme in der EU. Das E-Schrottvolumen wird bis 2020 voraussichtlich auf 12 Millionen Tonnen ansteigen.

9. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Initiative zum blauen Wachstum im Rahmen der EU-Strategie für die Ostseeregion

Am 27. Januar 2020 hat die EU-Strategie für die Ostseeregion eine neue Initiative zu Vernetzung von Akteuren im Bereich des blauen Wachstums vorgestellt. Auf der Webseite können sich Akteure mit ihren Ideen und Projekten vorstellen und miteinander vernetzen.

Am 4-5. April 2020 können die einzelnen Ideen und Projekte dann in Kristineberg in Schweden vor einem Panel vorgestellt werden. Das Panel wird dann über Möglichkeiten der Umsetzung entscheiden.

[Initiative: Baltic Blue Bioeconomy Hackathon](#) (in englischer Sprache)

10. Laufende Konsultationen

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

[Herkunftskennzeichnung von Fleisch](#)

9. Dezember 2019 – 2. März 2020

Allgemeine und berufliche Bildung

[Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds für allgemeine und berufliche Bildung](#)

18. November 2019 – 24. Februar 2020

Wettbewerb

[EU-Wettbewerbsregeln für horizontale Vereinbarungen zwischen Unternehmen](#)

6. November 2019 – 12. Februar 2020

Verkehr

[Bodenabfertigungsdienstleistungen an EU-Flughäfen – Evaluierung](#)

30. Januar 2020 – 23. April 2020

Finanzen

[Finanzdienstleistungen – Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Cyberangriffen \(neue Vorschriften\)](#)

19. Dezember 2019 bis 19. März 2020

[Finanzdienstleistungen – EU-Rechtsrahmen für Kryptoanlagen](#)

19 Dezember 2019 - 19 März 2020

Umwelt und öffentliches Gesundheitswesen

[Schädliche Chemikalien – endokrine Disruptoren, Überprüfung der EU-Vorschriften](#)

16. Dezember 2019 bis 9. März 2020

11. Termine

03.-07.02.2020	<u>Ausschusssitzungen im Europäischen Parlament</u>
10. - 13.02.2020	<u>Plenarsitzung Europäisches Parlament Straßburg</u>
11.-13.02.2020	<u>138. Plenartagung des Ausschusses der Regionen</u>
20.02.2020	<u>Sondersitzung des Europäischen Rats</u>
25.02.2020	<u>Rat allgemeine Angelegenheiten</u>
27. - 28.02.2020	<u>Rat Wettbewerbsfähigkeit</u>